

Nachhaltigkeit, so heißt es, sei das bisher anspruchsvollste politische Konzept. Aber taugt Nachhaltigkeit zum politischen Konzept? Nachhaltigkeit ist als regulative Idee apostrophiert worden, aber hat ein Konzept, das so vage geblieben ist, dass es weiträumig konsensfähig ist, eine politische Zukunft? Ist es als integriertes Konzept überhaupt politikfähig?

Dies sind Fragen, die sich nach der Lektüre des Entwurfes für die Nachhaltigkeitsstrategie stellten und zunächst Ratlosigkeit hinterließen. Aber auch die Kommentare in *Ökologisches Wirtschaften* (Nr. 1/2002, S. 5-8), nahezu durchgängig kräftige Verrisse, halfen hier nicht weiter. So anmaßend die Feststellung im Berichtsentwurf der Bundesregierung war, Nachhaltigkeit sei eine Grundkonstituante der Bundespolitik, so ungebrochen einseitig und teilweise selbstgerecht waren viele Kommentare aus den Analysenischen von Wissenschaft und Interessenverbänden. Nun ist dies ja zunächst in keiner Weise illegitim. Ob es aber zur Klärung der oben genannten Frage beiträgt, darf bezweifelt werden. Denn das politische System hat ja eigene Rationalitäten, auch wenn man diese aus der Perspektive des Analytikers und Kommentators oft nicht teilt. Gerade die Nachhaltigkeitsdebatte, die versucht, Sachverhalte in Kontexten zu sehen und in Zusammenhänge zu setzen, kommt nicht umhin, die Rationalitäten von Politik und ihre Veränderungsmöglichkeiten ernst zu nehmen, wenn die Perspektiven von Nachhaltigkeit als politischem Konzept nicht von vornherein aufgegeben werden sollen.

Mit dem Entwurf – bei Erscheinen dieses Texts liegt die endgültige Version vor – lag zunächst ein Bündel von politischen Bilanzen, Problembeschreibungen und Vorhaben auf dem Tisch. Beliebiger, inkonsequenter, unvollständiger und einseitiger, so der weithin vorgebrachte Vorwurf.

Aber, so die erste Frage, wie würde eine Nachhaltigkeitsstrategie aussehen, die nur die in *Ökologisches Wirtschaften* vorgebrachten Auslassungsvorwürfe – zu denen der Verfasser noch eine lange Liste hinzufügen könnte – aufnehmen würde? Ein Strategiepapier von 2.700 statt 270 Seiten und 210 statt 21 Indikatoren? Es könnte sich durchaus als sinnvoll erweisen, eine bewusste selektive Nachhaltigkeitsstrategie mit geeigneten Leuchttürmen und Leitprojekten als Dachprogramm vorzulegen, gleichzeitig aber die Entwicklung von Nachhaltigkeitsprogrammen in den

Eine Kritik der Kritik an der Nachhaltigkeitsstrategie

## Nachhaltigkeit als politisches Konzept?

**Die Diskussion um die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie wirft grundsätzliche Fragen auf. Doch die auch in *Ökologisches Wirtschaften* geäußerte Kritik am Entwurf der Bundesregierung macht es sich zu einfach. Insbesondere verkennt sie die Rationalitäten des politischen Systems.**

einzelnen Fachpolitiken anzustoßen und einzufordern. Noch fehlt ein solcher Ansatz in der Strategie, damit könnte sie jedoch eine ganz andere Dynamik entfalten.

Ein weiterer zentraler Vorwurf lautet, die Nachhaltigkeitsstrategie würde nicht über eine Zusammenstellung hinlänglich bekannter Sachverhalte hinausgehen, vor allem Zielkonflikte würden nicht benannt. Aber glaubt jemand ernsthaft, dass eine von Verantwortlichen der operativen Politik erstellte Strategie die teilweise tief greifenden Konflikte im Rahmen eines „Grünen Kabinetts“ einfach aufzulösen könnte? Zumal es sich oft genug um lang tradierte Ressortkonflikte handelt, die in der Logik der Exekutive nur in Grenzen nach außen ausgefochten werden können. Exemplarisch dafür ist das Energiekapitel: Unübersehbar ist hier, welcher Absatz aus dem Umwelt- und welcher aus dem Wirtschaftsministerium stammt. Selbst das federführende Bundeskanzleramt wird im Rahmen einer Nachhaltigkeitsstrategie nicht diejenigen Auseinandersetzungen entscheiden, die es vorher nicht schlichten konnte (oder wollte). Aber vielleicht kann ja die Staatssekretärsrunde und das Strategiepapier dazu dienen, zukünftigen Vermittlungen und Entscheidungen zu neuer Priorität zu verhelfen?

Zu wenig Hinweise auf die eigenen Defizite (und Niederlagen) und zu wenig Distanz zur eigenen (Traditions-)Programmatik seien enthalten. Aber von welchem Akteur – in welcher Arena auch immer – kann dies denn wirklich regelmäßig erwartet werden? Viele gute Beispiele gibt es dazu nicht, schon gar nicht in Wissenschaft und Wirt-

schaft. Zumal ja wenige vor der Herausforderung regelmäßiger und kurzfristiger Bestätigung durch Wählerstimmen und einer Bruchstellen suchenden Opposition stehen. Dies ist kein Blankoscheck für hemmungslose Schönfärberei, aber Gesichtswahrung und Gewinnerposen gehören nun mal zu den unabdingbaren Voraussetzungen für Politik.

### ► Hauptverdienst Zielorientierung

Die Nachhaltigkeitsstrategie hat einen zentralen Verdienst. Dieser besteht im Bekenntnis zu klaren Zielen in der Politik. Gerade die nächste Legislaturperiode wird viele Zielverfehlungen bilanzieren müssen. Bei Kohlendioxidemissionen, bei Arbeitslosenzahlen und wohl auch bei der Haushaltskonsolidierung. Da wird die politische Versuchung nahe liegen, in Bezug auf Zielformulierungen die grundsätzliche Sinnfrage zu stellen und das *muddling through* zum neuen Dogma zu zementieren. Dies wird im Nachgang zur Nachhaltigkeitsstrategie schwerer, auch wenn die Definition der Indikatoren und neuer Ziele ganz sicher kein politischer Spaziergang werden wird.

Die wichtigste Herausforderung besteht wohl darin, die verabschiedete Nachhaltigkeitsstrategie nicht als Schlusspunkt, sondern als Aufschlag zu betrachten, als Initialzündung für weitergehende gesellschaftliche Verständigungs- und Lernprozesse. Und als ein solcher Aufschlag ist die erste Runde – trotz vieler Unzulänglichkeiten – angesichts der realen Handlungskapazitäten und der Komplexität des politischen Systems durchaus erträglich.

Ob Nachhaltigkeit als politisches Konzept aber wirklich taugt, wird sich erst nach weiteren Etappen erweisen. Eine Garantie dafür gibt es nicht. Voraussetzung ist aber, dass (auch institutionelle) Lernfähigkeit demonstriert werden kann und der Prozess nicht abreißt, wie bei manchem Dialogprojekt der letzten Jahre oft genug geschehen. Eine erste Nagelprobe dafür ist, welche Änderungen der gesellschaftliche Dialogprozess zwischen Entwurfs- und Endfassung bewirken konnte.

### Der Autor

Dr. Felix Christian Matthes ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Öko-Instituts.

**Kontakt:** Öko-Institut, Novalisstr. 10, 10115 Berlin, Tel. 030/ 280486-80, Fax -88, E-mail: matthes@oeko.de

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.